

II-3940 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1967/J

1986 -03- 14

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Schäffer, Dr. Leitner, Bayr, Pischl
und Kollegen
an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport
betreffend Personalpolitik des Bundesministers für Unterricht,
Kunst und Sport

Seit seinem Amtsantritt hat der Bundesminister für Unterricht,
Kunst und Sport eine Reihe von organisatorischen und personal-
politischen Maßnahmen im Bereich der Zentralstelle getroffen,
die nicht nur auf Kritik bzw. Ablehnung durch die Personal-
vertretung gestoßen sind, sondern auch in verschiedenen
Zeitungen kritisch kommentiert wurden.

Hauptpunkte dieser Kritik sind einerseits eine nicht mehr zu
verantwortende und auch sachlich nicht gerechtfertigte Auf-
blähung des Beamtenapparates (mit den damit verbundenen hohen
zusätzlichen Kosten), andererseits eine mit den Grundsätzen
des Berufsbeamtentums nicht zu vereinbarende parteipolitisch
motivierte Postenbesetzung.

In Sorge um eine sparsame und effizient geführte Verwaltung
im Bereich des Ministeriums richten die unterzeichneten Abge-
ordneten daher an den Bundesminister für Unterricht, Kunst
und Sport nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Organisationseinheiten (Gruppen, Abteilungen und
Referate) wurden seit Ihrem Amtsantritt im Bereich der Zentral-

stelle BMUKS neu geschaffen; mit welchen Personen wurden sie besetzt?

- 2) Wie begründen Sie im einzelnen die Schaffung dieser Verwaltungseinheiten bzw. wie bringen Sie diese Maßnahmen in Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes, wonach z.B. die Schaffung von Gruppen nur dann erfolgen soll, wenn mehrere Abteilungen " im Interesse des besseren Zusammenwirkens" zusammengefaßt werden?
- 3) Welche Kosten sind mit diesen Neugründungen verbunden (erhöhte Zulagen, Neuaufnahme von Bediensteten, bzw. Anmietung zusätzlicher Räume) ?
- 4) Wieviele neue Planstellen für Konzeptsbeamte im Bereich der Zentralstelle BMUKS wurden seit Ihrem Amtsantritt geschaffen?
- 5) Ist es richtig, daß neu gegründete Organisationseinheiten fast immer noch vor deren öffentlicher Ausschreibung bereits mit einem von Ihnen bestellten Leiter provisorisch besetzt wurden?
- 6) Wenn ja, wie rechtfertigen Sie eine derart präjudizierende Maßnahme gegenüber den einschlägigen Bestimmungen des Ausschreibungsgesetzes?
- 7) Ist es richtig, daß die Ausschreibungstexte (Anforderungsprofile) öfters auf jeweils eine bestimmte Person "zugeschnitten" sind? Als Beispiel sei aus der Ausschreibung der Gruppe III/B angeführt:

" 2. Der Abschluß eines Studiums an einer Technischen Universität; außerdem sind eine abgeschlossene Lehramtsprüfung für Höhere Schulen und eine mehrjährige praktische Schulerfahrung erwünscht... "

- 8) Wenn ja, wie rechtfertigen Sie diese, dem Sinne des Ausschreibungsgesetzes "widersprechende" Vorgangsweise?

- 3 -

- 9) Ist es richtig, daß - wie Zeitungsmeldungen zu entnehmen war - die von Ihnen zum Jahreswechsel 1985/86 erlassene Geschäftseinteilung insgesamt 13 neue Organisationseinheiten (2 Gruppen, 6 Abteilungen und 5 Referate) aufweist, und hievon 10 der SPÖ-nahestehende Bedienstete mit der provisorischen Leitung betraut wurden?
- 10) Wenn ja, wie begründen Sie diese parteipolitisch einseitige Personalpolitik gegenüber den Grundsätzen des Berufsbeamtentums und der von der derzeitigen Bundesregierung plakativ propagierten "Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung"?
- 11) Stimmt die Mitteilung der Presse, daß Ihre Sekretäre neben der Wahrung ihrer Aufgaben im Sekretariat jeweils mehrere leitende Funktionen ausüben und darüber hinaus einem Sekretär die Leitung einer neugeschaffenen Abteilung übertragen wurde, obwohl dieser nicht einmal das besondere Anstellungserfordernis erfüllt?
- 12) Wenn ja, wie begründen Sie diese Maßnahmen?
- 13) Laut Rundschreiben des Dienststellenausschusses des BMUKS ist die Geschäftseinteilung 1986 nicht im Einvernehmen mit der Personalvertretung erlassen worden. Sie haben also die einschlägigen Bestimmungen des PVG nicht beachtet; werden Sie dafür Sorge tragen, daß die gesetzlichen Rechte der Personalvertretung in Zukunft Beachtung finden ?